FDP| 02.04.2019 - 14:30

Organspende ist eine Gewissensentscheidung

Weitgehend unumstritten ist im Bundestag, dass sich bei der Organspende etwas ändern muss. Jetzt haben Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Abgeordnete mehrerer Parteien einen neuen Gesetzentwurf zur Organspende vorgestellt, der die doppelte Widerspruchslösung vorsieht. Damit wäre jeder erst einmal automatisch ein potenzieller Spender - es sei denn, er oder sie widerspricht aktiv. Die Freien Demokraten sehen in dem Thema Organspende eine Gewissensentscheidung. FDP-Chef Christian Lindner lehnt persönlich die doppelte Widerspruchslösung ab. "Das ist ein Einschnitt in die freie Selbstbestimmung der Menschen", unterstreicht Lindner, der selbst Organspender ist. Er wünscht sich zugleich eine offene Debatte. "Das ist ein Thema, das sehr an das eigene Gewissen jeder, jedes Abgeordneten rührt", gibt auch FDP-Generalsekretärin Nicola Beer zu bedenken.

Deswegen werde es im Deutschen Bundestag sicherlich unterschiedliche Gruppenanträge zu dieser Thematik geben, ergänzt Beer. So haben FDP-Abgeordnete beispielsweise als Teil einer fraktionsübergreifenden Gruppe einen Gegenentwurf erarbeitet: Er sieht mehr Informationen und Handlungsmöglichkeiten vor. So könnten Bürger ihre Haltung zur Organspende etwa beim Abholen des Personalausweises in ein Zentralregister eintragen lassen. Auch sollen Hausärzte regelmäßig über Organspende beraten, denn sie verfügen über das nötige Fachwissen und genießen das Vertrauen ihrer Patienten.

Beer ist sich sicher, dass man die Spendenbereitschaft verbessern kann: "Zum Beispiel indem verbindlicher abgefragt wird. Das ist momentan noch vielfach dem Zufall überlassen, ob ich mit der Nachfrage meiner Spendenbereitschaft überhaupt konfrontiert werde." Eine höhere Bereitschaft sei ihrer Ansicht nach auch zu erreichen, indem man die Verhältnisse in den Krankenhäusern verbessere und

spezialisierte Teams zusammenstelle. Sie glaube, dass die Entscheidung, ob jemand Organspender werde oder nicht, bei vielen Menschen auch etwas damit zu tun habe, dass die Glaubwürdigkeit des gesamten Systems durch Skandale und Vorgänge in der Vergangenheit infrage gestellt worden sei. "Wir setzen auf aufgeklärte, mündige und auch verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, die man gerne verpflichtend bei allen möglichen Behördengängen danach fragen und auch bitten kann, eine entsprechende Äußerung abzugeben", so Beer

Widerspruchslösung beschneidet das Selbstbestimmungsrecht

Christian Lindner ist Organspender

Auch FDP-Chef Christian Lindner befürwortet eine Lösung, bei der sich die Menschen aus freiem Willen für die Organspende entscheiden: "Ich bin Organspender und überzeugt davon, dass das richtig ist, wenn man seine Organe zur Verfügung stellt für Menschen, deren Leben dann gerettet werden kann. Aber diese Entscheidung muss von jedem selbst getroffen werden." Um die Bereitschaft dafür zu steigern, könnten die Kampagnen intensiviert werden.

Eine Möglichkeit sei, Menschen bei Behördengängen nach ihrer Spendenbereitschaft zu fragen: "Ich kann mir vorstellen, dass bei Behördengängen regelmäßig gefragt wird, ob man sich schon einmal mit der Frage der Organspende beschäftigt hat. Und wenn man sich mit ihr beschäftigt hat und kam zu einem negativen Ergebnis, dann muss man das auch akzeptieren." Denn: "Wir sind ein freiheitliches Land. Deshalb sollte die individuelle Selbstbestimmung auch hoch geachtet und respektiert werden."

Organspenden retten Leben

Hermann Otto Solms wiederum gehört der Gruppe an, die den fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf für eine Widerspruchslösung zur Organspende favorisiert: "Nur mit einer Widerspruchslösung kann man die Menschen dazu bringen, sich damit zu befassen", sagte Solms im BILD-Talk "Die richtigen Fragen". Und weiter: "Ich bin der Meinung, dass der Körper nach dem Tod nicht mehr die Persönlichkeit ist und dass es kein Opfer ist, seinen Körper zur Verfügung zu stellen. Es ist ein schöner Gedanke, dass man mit seinem Tod noch einem Menschen hilft, weiterzuleben."

Stärkung der Organspende ja – Widerspruchslösung nein

FDP-Vize Marie-Agnes Strack-Zimmermann findet, die Widerspruchslösung von Gesundheitsminister Spahn wird der komplexen Situation nicht gerecht: "Der Staat kann so eine Entscheidung nicht übernehmen. Beim Datenschutz zum Beispiel muss der Bürger immer positiv bestätigen, da können wir das bei einer so persönlichen Entscheidung nicht anders machen“, so Strack-Zimmermann. Das Selbstbestimmungsrecht – möchte ich Organe spenden? – sei insbesondere bei solch einer gravierenden Entscheidung, die über das eigene Lebensende hinaus geht, ein extrem kostbares Gut, das nicht verletzt werden dürfe.

Sie hält eine umfassende, niedrigschwellige Aufklärung für unumgänglich: "Da sind auch unsere Kommunen gefragt: Bei jedem Behördengang, bei Beantragung von Personalausweis, Führerschein oder Wohngeld, kann die Gelegenheit genutzt werden, um den Bürger oder die Bürgerin auf die Möglichkeit der Organspende hinzuweisen. Wieso gibt man zusammen mit dem neuen Personalausweis nicht direkt einen Organspendeausweis zum Selbstausfüllen mit?“ Auch Ärzte und Krankenkassen könnten aufklären und ihre Patienten anregen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Zum Beispiel könnten auch einzelne Organe von der Spende ausgenommen werden – und die eigene Entscheidung auch jederzeit wieder geändert werden. Sie selbst besitzt schon seit vielen Jahren einen Organspendeausweis. "Für mich war das wichtig. Außerdem wollte ich meiner Familie diese Entscheidung nicht zumuten“, erklärt sie dazu.

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/organspende-ist-eine-gewissensentscheidung